

Lessenich – Interview

Auf Kosten anderer

BISS: Was meinen Sie mit „Neben uns die Sintflut!“?

LESSENICH: Der Begriff „Nach mir die Sintflut“ wird häufig verwendet, wenn es um Fragen der ökologischen Nachhaltigkeit geht. Wir leben über die Verhältnisse dieses Planeten und verbrauchen zu viele Ressourcen. Unsere Kinder und Kindeskinde werden das einmal ausbaden müssen.

Die Verwüstungen und Verheerungen, die immer mit diesem „Nach uns die Sintflut“ angesprochen werden, finden aber auch heute schon statt. Schon gegenwärtig leben wir so, dass andere diese Sintflut zu ertragen oder damit umzugehen haben. Wir produzieren, wir wirtschaften, wir konsumieren in einer Weise, die anderswo schon heute ständig massive Schädigungen verursacht.

B: Der Wasserspiegel steigt und keiner will es wahrhaben?

L: Ähnlich wie das, was in der Zukunft liegt, sind wir in der Lage auch das, was gegenwärtig passiert, auszublenden und so zu tun, als gäbe es das nicht.

B: Was meinen Sie konkret?

L: Schauen Sie auf die Flüchtlingsbewegungen der letzten zwei Jahre. Ich glaube, dass die Fluchtbewegungen zukünftig nicht ab- sondern zunehmen werden. Sie sind ein Ausweis der zerstörten Lebenschancen anderswo auf dem Globus. Nicht alle Flüchtlinge sind Ressourcenkriegsflüchtlinge, aber auch nicht alle Bürgerkriegsflüchtlinge. Aber alle Flüchtlinge gehen davon aus, dass wenn sie ihre angestammte Heimat verlassen, zumindest ansatzweise teilhaben können an den Lebensverhältnissen, Vergünstigungen und Selbstverständlichkeiten hierzulande.

B: Ist es für Sie egal, aus welchem Grund jemand flieht?

L: Wir in Europa produzieren durch unseren Umgang mit Ressourcen, Bodenschätzen und Arbeitskräften Lebensbedingungen oder besser Nicht-Lebensbedingungen für Menschen in der sog. Dritten Welt oder dem globalen Süden. Ein kleiner Teil kommt dann hierher, nach Deutschland oder Europa. Auch wenn sie nicht wollen, sie müssen sich auf den Weg machen, weil ihre Lebensgrundlagen auch durch uns zerstört sind und sie keine Zukunft sehen.

B: Wäre es denn dann nicht sinnvoll, die Situation vor Ort durch Entwicklungshilfe zu verbessern oder die Arbeitsbedingungen zu kontrollieren?

L: Das ist meistens nur ein Kurieren an den Symptomen und hat selten eine strukturelle, nachhaltige Wirkung. Egal, ob man sich die Erdölförderung in Nigeria, die Textilproduktion in Bangladesch oder die Sojaproduktion in Lateinamerika anschaut – es werden Bodenschätze gefördert und Produkte hergestellt, die die Umwelt und die Menschen dort extrem schädigen oder sogar töten. Landschaften werden hemmungslos ausgebeutet, sie werden mit Herbiziden und Pestiziden verseucht, egal, ob man sie später noch agrarisch anderweitig bewirtschaften kann. Es wird unter extremen

Bedingungen Arbeit geleistet für Produkte, die wir hier zu niedrigen Preisen konsumieren. Die, die dazu in der Lage sind, versuchen verständlicherweise dem Elend zu entkommen.

B: Haben nicht die Profiteure vor Ort eine gewisse Verpflichtung, die Armut im eigenen Land zu verringern.

L: In rohstoffreichen Gesellschaften haben sich während der Kolonialzeit Eliten herausgebildet, die sehr gut lebten und auch heute noch davon leben. Umgekehrt profitierten auch die Gesellschaften des globalen Nordens davon, dass vor Ort jemand die Produktion kontrollierte. Wenn man dort nun tatsächlich die Ungleichheitsverhältnisse verändern würde, dann würde das unsere Lebensverhältnisse unmittelbar berühren. Zu denken, man könnte diese Gesellschaften demokratisieren und gleichzeitig weiterhin von den Produktionsweisen dort profitieren, das geht nicht zusammen.

B: Aber wir schaffen doch durch unseren Konsum auch Arbeitsplätze

L: Unter den gegebenen Umständen stimmt das auch. Es wäre in Bangladesch niemanden damit gedient, wenn man jetzt alle Textilfabriken dicht machen würde, weil sie nicht unseren Arbeits- und Sozialstandards entsprechen. Wenn man den Arbeitern dort das Einkommen entziehen würde, würde es ihnen unter den gegenwärtigen Verhältnissen noch schlechter gehen. Das Argument ist aber auch ein Beruhigungsargument für uns.

B: Ist die Angst vor Flüchtlingen auch eine Angst davor, jetzt die Rechnung präsentiert zu bekommen?

L: Bisher haben den Preis für unseren Wohlstand weitgehend andere bezahlt. Wir nutzen davon, dass es anderen schlecht geht. Ich glaube, dass es ein breites Wissen oder Bewusstsein gibt, wie die Verhältnisse sind und dass man hierzulande so massiv und seit so langer Zeit davon profitiert. Das, was bislang eher abstrakt und weit weg war, steht aber jetzt plötzlich vor der eigenen Tür und löst Angst, beinahe schon Horror aus: Die kommen jetzt alle! Die sind nicht mehr zu stoppen! Die sollen draußen bleiben! Wir müssen sie abwehren! Sie sollen nichts von unserem Kuchen abhaben!

B: Es engagieren sich aber doch viele Menschen für Flüchtlinge in München

L: Es haben in den letzten Monaten sehr viele Menschen aus unterschiedlichsten Gründen mitgeholfen. Manche aus humanitären Gründen, andere aus christlicher Nächstenliebe. Das heißt aber noch nicht unbedingt, dass diese Helfer auch ein politisches Interesse daran haben, die weltgesellschaftlichen Verhältnisse zu ändern. Wenn wir die Strukturen wirklich ändern wollen würden, würde das auch unsere Lebensverhältnisse massiv verändern. Es wäre eine massive Umverteilung von den Reichen zu den armen Gesellschaften nötig.

B: Was eindeutig zu unserem Nachteil wäre

L: Ich würde schon behaupten, dass in weiterer Zukunft unser Lebensstandard sinken muss, damit andere Gesellschaften, aber auch Menschen innerhalb unserer Gesellschaft, in ihrem Lebensstandard aufsteigen können. Es ginge um unseren massiven Luxuskonsum, den wir einschränken müssten.

B: Wie genau stellen Sie sich die Umverteilung vor?

L: Das wäre theoretisch ganz einfach - hohe Vermögen und hohe Einkommen müssten massiv und effektiv besteuert werden. Soziale Sicherungsleistungen, die allen ein Existenzminimum garantieren, müssten gezahlt werden. Der Sockel von öffentlichen Leistungen müsste angehoben werden. Das Ergebnis wäre, dass die gesamte Einkommens- und Vermögensstruktur näher zusammenrücken würde. Diese Form der Steuerpolitik müsste europaweit harmonisiert werden. Es müsste sehr viel mehr in Gesundheit und Bildung investiert werden. Mit einem massiven politischen Willen wäre das durchaus möglich.

B: Wer so etwas vorschlägt, würde doch nicht gewählt werden

L: Und das aus gutem Grund. Noch nicht einmal diejenigen, also die ärmeren Haushalte, die von der Umverteilung profitieren würden, würden wahrscheinlich für diesen Vorschlag stimmen.

B: Wieso nicht?

L: Vor wirklich massiven gesellschaftlichen Veränderungen hat jeder Angst, auch derjenige, zu dessen Gunsten sie wären.

B: Wie also einen gesellschaftlichen Wandel herbeiführen?

L: Die Menschen müssten sich zuerst einmal darüber verständigen, dass es so, wie wir leben, nicht in Ordnung ist. Es bräuchte Räume, Zeit und Ressourcen, damit sich Menschen über die zukünftige Gestaltung ihrer Lebensverhältnisse austauschen könnten und Entscheidungen treffen. D.h. es bräuchte eine fundamentale Demokratisierung der Gesellschaft.

B: Konkret?

L: Menschen müssen Ansprüche stellen, sie müssen es einfordern, beteiligt zu werden, ein Mitspracherecht zu bekommen – sie müssen all das, was ihnen tagtäglich widerfährt, was sie zu bewältigen haben, zum Thema machen. Wir betreiben viele Dinge die umweltschädlich sind oder auf Kosten anderer gehen. Wir machen das nicht, weil wir andere schädigen wollen, sondern weil wir eingebunden sind in Wirtschafts- und Konsumwelten, aus denen wir auch nicht so einfach herauskommen. Wir müssen darüber reden, wie wir zusammenleben wollen - das gilt für Sie, für mich, für Ärmere und Reichere, mit und ohne Obdach – wir müssen den Alltag wieder politisieren.

B: Was könnte passieren, wenn wir nichts ändern?

L: Eine Zeitlang wird das System noch funktionieren. Als Reaktion auf die Fluchtbewegungen ergreifen wir stärkere, effektive Maßnahmen zur Abschottung. Wir

schieben ab, wir hebeln das Asylrecht aus. Je schwieriger die Lebensverhältnisse im globalen Süden werden, desto massiver werden diese Menschen versuchen, hier Zuflucht zu suchen. Wenn sich am globalen System nichts ändern wird und Menschen nicht die Chance bekommen, in ihren Ländern zu überleben, werden die Fluchtbewegungen zunehmen und auch gewaltsamer werden. Wir müssen aber auch die soziale Ungleichheit im eigenen Land bekämpfen.

B: Mit dem Szenario, das Sie entwickeln, geht aber auch die AfD auf Stimmenfang.

L: Naja. Die AfD hat die irre Vorstellung, dass man sich gegen ein vermeintliches „Außen“ abschotten könne. Das wird aber nicht funktionieren. Wir müssen an die globalen Ungleichheitsstrukturen ran. Wenn wir das nicht tun, wird das, was wir anrichten, auf uns zurückschlagen, früher oder später.